

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Bezugspreis mit den Schillingen „Wörter der Woche“, „Sonntags“, „Homes“, „Edgar“, „Lindemanns Sonntagblatt“ und „Arbeitsblätter“ durch den Postamt 240 ohne Schillingen, durch Postamt 220 — bei Einsendung monatlich —
Beitrag werblich und unwerblich. — Einzelnummer 10 Pf. — Monatspreis 30 Pf. —
Ausgabestellen: 4 (Hauptstelle) und Oststraße 88. — Im Falle höherer
Konten (Stark u. a.) besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung.

Einzelnenpreis für den Bezugspreis 10 Pf. — im Vorauszahlung
30 Pf. — (Gesamter Preis) 40 Pf. — für Abnehmer und Abonnenten 50 Pf.
Anzeigen. — (Gesamter Preis) 40 Pf. — für Abnehmer und Abonnenten 50 Pf.
Anzeigen. 4 (Hauptstelle) und Oststraße 88. — Einzelnummer 10 Pf. —
Monatspreis 30 Pf. — im Vorauszahlung 40 Pf. — für Abnehmer und Abonnenten 50 Pf.
Anzeigen. 4 (Hauptstelle) und Oststraße 88. — Einzelnummer 10 Pf. —
Monatspreis 30 Pf. — im Vorauszahlung 40 Pf. — für Abnehmer und Abonnenten 50 Pf.

Unparteiische Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Nr. 156

Mittwoch, den 7. Juli 1926

166. Jahrgang

Polens Groberoberungsprogramm.

Es fordert Danzig, Stettin, Königsberg, Oppeln, Breslau.

Warschau, 6. Juli. „Polka Jorkina“, das Blatt der militärischen Organisation „Wiskulski“, schreibt: Der Verfall der Vertrag hat Polen unrecht getan. Er hat uns nicht das Polen von 1772 gegeben, er hat uns nicht gegeben Danzig, Gumbinnen, Königsberg, Stettin, Oppeln und Breslau. Die Ansprüche auf diese Städte und Länder, die uns mit Gewalt genommen sind, werden wir niemals aufgeben. Da wir offene Grenzen haben, müssen wir eine mächtige Armee haben, die uns nach vier Fronten zu verteidigen vermag. Jeder Pole muß Soldat sein, jede Polin muß die Nationalgarde in Reserve angehören. Ein von Kopf bis zu Fuß bewaffnetes Polen wird allen Feinden entgegenzutreten können; jedes polnische Haus muß eine Wache sein.

Der sozialistische „Kampf“ unterzieht die Rüstungspläne der polnischen Regierung einer scharfen Kritik. Inzwischen den friedliebenden Versicherungen des Außenministers und den Behauptungen des Militärs, wie sie neuerdings in einem Brief des Wiskulski nachstehenden „Kurier“ vorangetragen sind, beschießt die sozialistische „Kriegsvorbereitung“, die durch Abschaffung der entsprechenden Maßnahmen auf die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung verschleiert werden sollte. So würden die Mobilisationspläne auf verschiedene Ministerien verteilt, die unvollständigen Rüstungsausgaben nicht nur auf ein einziges Jahr, sondern auf die nächsten fünf Jahre auf einen Teil im Budget des Kriegsministeriums erscheinen lassen, um sie im übrigen in verschiedenen anderen Etats unterzubringen. Auch die Rüstungsindustrie sollte unter verschiedenen Deckmanteln gefördert werden. Der Ausbau des Eisenbahnsystems werde strategischen Gesichtspunkten unterworfen u. dergl.

Der vom sozialistischen Blatt angegriffene „Kurier“ erklärt seinerseits, daß die Vertrauenslosigkeit, die durch die angebliche Unmöglichkeit eines neuen Krieges und durch die Hoffnungen auf den „Völkerbund“ hervorgerufen werde, ein Ende finden müsse. Angesichts der gegenwärtigen Lage Polens und der „bestimmten Intentionen“ seiner Nachbarn, müsse sich jeder Staatsbürger von der Überzeugung durchdringen lassen, daß die beste Friedensgarantie in der Bereitschaft zur Abwehr einer „Invasion“ liege.

Die polnische Verfassungsänderung.

Entretung der deutschen Minderheiten.
Warschau, 6. Juli. Heute begann der Sejm mit der Behandlung der Gesetzesvorlage über die Verfassungsänderung. Die Regierung hält an den Grundzügen ihrer Gesetzesvorlage fest und droht mit dem Rücktritt, wenn die Gesetze, abgesehen von einigen kleinen Veränderungen nicht angenommen werden. Die gesamte Rechte, einschl. der Bauernpartei Pisch, hat eine Reihe von Zusatzanträgen gestellt. Diese Zusatzanträge greifen zum Teil auch in die Verfassung über, da sie das Wahlalter für den Wähler von 21 auf 25 Jahre und für den zu Wählenden von 25 auf 30 Jahre heraufsetzen wollen. Ferner soll das Verhältniswahlrecht abgeschafft werden und die Wahl in Wahlbezirken vorgenommen werden, so daß jeder einzelne Wähler nur ein einziges Mandat erhält. Hiermit würden die deutschen Minderheiten, d. h. in solchen Wahlbezirken, wo sie in der starken Minderheit sind, nicht imstande sein, auch nur einen einzigen Abgeordneten zu erlangen. Cämliche Minderheiten nehmen entlassenen gegen diesen Antrag Stellung. Außerdem verlangt die Rechte die Einrichtung eines sogenannten Verfassungsgerichtes und die Schaffung eines Staatsrates.

Polen steht vor dem Bankrott.

Warschau, 6. Juli. Der amerikanische Sachverständige Prof. Kemmerer hat lange Jahre Verfassungen mit dem polnischen Finanzministerium über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens. Prof. Kemmerer hat dabei betont, daß eine polnische Anleihe in Amerika keinen Erfolg haben würde, da das amerikanische Kapital für Polens Wirtschaftsverhältnisse kein Vertrauen habe. Nach Meinung des amerikanischen Sachverständigen muß die polnische Wirtschaft auf ganz anderer politischer und ökonomischer Grundlage aufgebaut werden. Die politische Regierung müsse mit den Nachbarn Staaten von Osten und Westen eine Politik der Verständigung und Treue. Auch für eine neue Anleihe zur Stabilisierung des Postkurses seien die amerikanischen Finanzkreise nicht zu gewinnen. Die polnischen Finanzkreise sind mit der pessimistischen Meinung des Amerikaners sehr unzufrieden, zumal er festgestellt hat, daß sich Polen in einem Stadium des langsame Bankrottes befindet.

Baldwin deckt den Betrag von Locarno.

Englands ewiges Mandat über Chaitra.
London, 6. Juli. Im Unterhaus ging heute Baldwin auf eine Anfrage über die Mandate ein. Bei den Mandatsfragen in Locarno, so führte Baldwin aus, habe die Mandatsfrage keine Rolle gespielt. Nur mündlich sei den deutschen Delegierten mitgeteilt worden, daß, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden sei, möglich wäre auch Deutschland zur Mandatsübertragung kandidieren könnte. Es sei aber unrichtig, anzunehmen, daß Deutschland ein festes Versprechen gegeben worden sei. Die letzte Chaitraerklärung des Sekretärs habe die Mandatspolitik der Regierung dargestellt. Das Tanganyikagebiet werde das künftige Mandatsgebiet Englands.

Pause in der Genfer Abrüstungskomodie.

Genf, 7. Juli. Das militärische Unterkomitee der Abrüstungskommission hat gestern seine Arbeiten vorläufig abgebrochen und geht auf drei bis vier Wochen in die Sommerferien, nach deren Ablauf es sich mit dem zweiten Teile des Fragebogens beschäftigen und seine Verantwortung hinsichtlich bis zum September beenden wird, damit der Völkerbundesversammlung noch vor dem nächsten Zusammentritt der Abrüstungskommission ein Bild davon vorlegt, wie sich eine Mehrheit des Militärkomitees die Abrüstung vorstellt. Die Völkerbundesversammlung dürfte dann mit ihrem Urteil darüber nicht zurückhalten, daß von der Fortsetzung dieser Art von Abrüstungsverhandlungen für die Abrüstung nichts zu erwarten und für den Völkerbund alles zu riskieren ist.

Von deutscher Seite man schon jetzt gefast werden, daß gegen die in Genf gefassten Beschlüsse ausdrückliche Vorbehalte gemacht worden sind. Die deutschen Delegierten haben erklärt, daß sowohl die Rüstungsbeziehung der ausgetriebenen Wehrer als auch des Kriegsmaterials in die Kriegsvorbereitung unmöglich zu einer wirklichen Abrüstung führen könne. Die in erster Lesung erfolgten Annahmen werden noch eine zweite Lesung unterzogen werden. Doch

ist es kaum wahrscheinlich, daß eine Änderung in der Haltung der Franzosen erfolgt. Eine Militarisierung dieser Konvention durch Deutschland ist vollständig ausgeschlossen.

Englisch-sinesische Zusammenstöße.

Moskau, 7. Juli. Aus Nanton wird gemeldet, daß es infolge der erneuten Erziehung von Aufständischen durch englische Truppen zu Zusammenstößen zwischen Chinesen und Engländern gekommen ist. Ein Kräfteverhältnis zwischen Japan und England ist entstanden. Ein Kräfteverhältnis zwischen Japan und England ist entstanden. Ein Kräfteverhältnis zwischen Japan und England ist entstanden. Ein Kräfteverhältnis zwischen Japan und England ist entstanden.

Konflikt zwischen Preußen und Reich.

Dr. Luther Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn.

Die Reichsregierung hat in der gestrigen Kabinettsitzung beschlossen, den bisherigen Reichsanwalt Dr. Luther zum Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu ernennen. Diese Ernennung hat im preussischen Landtag starke Bedenken hervorgerufen. Diese Bedenken haben vorerst ihren Niederschlag in einer Anfrage der Wd. Veinert (Zsg.) Dr. Schmedding (Ztr.) und Hoff (Den.) gefunden, die heute im Landtag zur Beratung kommen wird und folgendermaßen lautet: „Laut Zeitungsberichten hat die Reichsregierung als Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft in die letzten Monate erledigte Stelle, für die Preußen nach den getroffenen Vereinbarungen Vorkaufsrecht besitzt, den früheren Reichsanwalt Dr. Luther ernannt. Wie fragen das Staatsministerium: Ist diese Ernennung im Einklang mit dem Staatsministerium erfolgt? Welche Schritte gedenkt die Staatsregierung zu ergreifen, um das dem Lande Preußen zustehende Recht zu wahren?“

Nur keine Abrüstung!

Das Militärkomitee der Abrüstungskommission hat sich nach „Erlebigung“ des ersten Teiles seines Programms vier Wochen Ferien bewilligt, um dann mit frischen Kräften an den zweiten Teil zu gehen. Was ist nun bei der Beratung bisher herausgekommen? Antwort: Nichts, weniger als nichts, allein vielleicht die Klarstellung von der abgrundtieferen Verlogenheit, mit der man in Genf an die Abrüstung herangeht.

Nach den Festsetzungen der militärischen Unterkommission sollte die Abrüstung vornehmlich den Friedensstand der See- und Flotten treffen, um gerade den Ausbruch eines Krieges zu erleichtern und die Möglichkeiten eines vermittelnden Eingreifens zu verbessern. Man sagte sich, vielleicht nicht mit Unrecht, das Herausheben einer letzten Kraftanstrengung des sich verteidigenden Volkes muß schließlich unberührt bleiben. Ein Grundlag, den man übrigens bei Deutschland nicht beachtet hat und den wir nach dem Sinn jeder der Versailles Bestimmungen auch für uns geltend machen könnten, wenn er jetzt in Genf berücksichtigt wird.

Diese Friedensabrüstung aber ist nun sehr eigenartig ausgelegt worden. Man will nicht die jeweils unter den Waffen stehenden Mannschaften in Rechnung stellen, sondern nur die voll ausgebildeten, die von einem Millionenheer stets nur den ganz geringen Prozentsatz der Militärenten und der Kapitulanten darstellen. Als ob man im Falle eines Kriegsabschlusses bei einjähriger Dienstzeit des Heeres nur die gerade ein Jahr ausgebildeten an die Front schicken wollte! Es ist selbstverständlich, daß Deutschland mit seiner Seeherrschaft eine unverhältnismäßig hohe Friedensabrüstung hat. Frankreich, d. h. mit seiner Dienstpflicht eine ganz unverhältnismäßig geringe gleiche Zahl. Um das Verhältnis noch größer zu veranschaulichen, rechnet man die Jäger, Artillerie und militärischen Verbände zur Friedensabrüstung hinzu. Auf die Abrüstung der so gefundenen Mannschaften wird weiter kein besonderes Gewicht gelegt. Folge: Deutschland mit seiner überaus geringen Armee nimmt sich in der Statistik dieser Friedensabrustungskommission als Militärmacht ersten Ranges aus. Frankreich mit seiner in der Welt einzig dastehenden Heeresmacht an Menschen und Material aber als ganz bescheidener, aber gerüsteter Staat!

Das Prinzip, das in diesem Fall zu Deutschlands Ungunsten ausfällt, schlägt in einem anderen Fall gegen England und Amerika aus. Hierunter werden einfach nach der Zahl der Deutscher Soldaten bewertet, ganz gleich, ob eine fastige Ziffer von 20 000 tons einen halbwegs-taktischen Panzerkreuzer darstellt oder ob eine Ziffer von 1000 tons ein ganz modernes, hochwertiges U-Bootboot vertritt. (Ubrigens wiederum Begriffsverwirrungen, die wir innerhalb der in Versailles für unsere Flotten gezogenen Grenzen doch auf uns angewandt wissen möchten.) Folge dieser Rechnungsart: England und Amerika figurieren mit wehrlosen Flottenflotten, die Frankreich oder Japan eine „wahrlich kleinere“ Tonnenzahl garantieren, die dann mit Unterleuten abgemessen werden kann. Wenn der Völkerbund seiner militärischen Unterkommission nicht bald für ihre Bemühungen dankt, dann müssen wohl die überflüssigen Staaten die Konsequenzen ziehen, also England, Amerika und — das Reich.

Gegenüber der Behauptung, Dr. Dannes-Ennenung sei im Widerspruch zu der preussischen Staatsregierung erklärt, stellt die „Tägliche Rundschau“ fest, daß ein Recht der einzelnen Länder, Vertreter für den Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft zu ernennen, von der Reichsregierung nicht anerkannt werde. Das preussische Kabinett habe den Einspruch erhoben, an die hiesige Stelle einen Regierungsvertreter zu ernennen. Das Reichskabinett habe sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden erklärt und, als die Verhandlungen mit Preußen nicht zu einem Ergebnis führten, von seiner Ernennungsbefugnis Gebrauch gemacht.

Preußen sabotiert den Vorschlag der Hohenzollern?

Die Antwort der preussischen Regierung auf das erneute Erfragen des Herrn von Berg im Vergleichsverhandlungen mit den Hohenzollern einzutreten, wird in den nächsten Tagen nach abemaliger Beschlußfassung des preussischen Kabinetts erfolgen. Die Antwort dürfte sich darauf beschränken, eine Annahme der Verhandlungen auf der alten Grundlage abzulehnen und im übrigen zu erklären, daß der gegenwärtige Zeitpunkt als ungeeignet zur Einleitung neuer Verhandlungen erachtet. Dagegen dürfte die Möglichkeit späterer Verhandlungen offen gelassen werden.

Andrews ist des Trockenlegens müde.

Breslau, 7. Juli. Der Prohibitionist, General Andrews, ist zurückgetreten, nachdem er schon vor einiger Zeit erklärt hatte, daß er zurücktreten werde, sobald er erlernte, daß die Prohibition nicht durchzuführen sei.

Caillaux vor der Kammer.

Paris, 6. Juli. Die heutige Kammer Sitzung wurde von einem zahlreichen erziehenden Publikum eröffnet. Die Rede begann mit der Feststellung, daß die Regierung dem Sachverständigenbericht zugunsten die Wahl habe, sie sei jedoch nicht gewillt, den Sachverständigenplan anzuerkennen. Caillaux wollte dann gegen gewisse Steuern und Vorläufe der Sachverständigen, denen er nicht glauben zukommen zu können. Zur Entlastung der Verpflichtungen des Schatzamtes müße, so erklärte Caillaux, zu einer völligen Zustalt gekommen werden. Zur Deckung der sonstigen neuen Ausgaben müßten neue Steuern aufgelegt werden. Die Regierung werde bei der Aufzählung neuer Steuern vier Hauptspalten berücksichtigen müssen.

1. Die notwendigen neuen Steuern müßten erbringen: 1 Milliarde für die Beamten, 500 Millionen für Vorräte der nationalen Verteidigung, 500 Millionen für Widerstände an die Bank, ebensoviel für die Amortisierung von kurzfristigen Anleihen und weitere 500 Millionen für die Stabilisierung.

2. Gehe es übermäßige Sätze gemittelter Steuern zu reduzieren. (Beifall)

3. Müße eine Vereinfachung des gegenwärtigen Steuersystems herbeigeführt werden. Ueber die Lage des Schatzamtes machte Caillaux folgende Angaben. Die innere Schuld betrage insgesamt 280 Milliarden Franz. Die Vorläufe der Bank von Frankreich an den Staat hätten die Maximalgrenze erreicht. Das Schatzamt verfolge nur noch über ein Konto von 500 Millionen. Ohne die teilweise Verhaftung der Morgananleihe wären die Vorkasse um über eine Milliarde überschritten. Die auswärtige Handelschuld betrage insgesamt 18 945 Millionen, für die jährlich vier Milliarden Zinsen gezahlt werden. Frankreich sei außerstande, die Zinsen weiter zu zahlen, wenn das Pfund Sterling weiter steigen oder wenn es keinen Kredit im Ausland erhalte. Im August müßten alle Millionen Verfall sein. Die Regierung beschließte, dem Parlament das Problem der auswärtigen politischen Schuld in zusammenhängender Darstellung zu unterbreiten. Caillaux wendet sich dann dem Problem der Stabilisierung zu. Er betont, daß der Zusammenbruch der nationalen Währung die Hauptgefahr sei.

Es wäre unfruchtbar, wenn man eine völlige Wiederherstellung des Franz. erleben wolle.

Der Regierung käme es im gegenwärtigen Augenblick auf das eine an, nämlich sich gegenständig aufzubauen. Die wichtigste Bedingung sei, daß sämtliche Klassen der Nation aufgewacht würden. Caillaux rühmte an die Kammer einen Vorschlag zur Einigung. Weiter erwähnte der Finanzminister die neuen Erparismassnahmen und erklärte, die Regierung wünsche Vollmacht, die in einem besonderen Gesetzentwurf angefordert werden sollen. Caillaux schloß mit der Feststellung, daß die allge-

meine Handelsbank nicht im Gleichgewicht sei und Frankreich seinen Wohlstand im 1914 nicht durch die Aufnahme auswärtiger Anleihen wieder erlangen könne.

Nach Caillaux kamen dann die einzelnen Interpellanten zu Worte. Der Einbruch der Rede Caillaux ist günstig. Die Kritik des Finanzministers an dem Sachverständigenbericht erstreckte sich auf verschiedene Punkte, u. a. auch auf die von den Sachverständigen vorgeschlagene Vermeidung der Damocleischen Klinge, die auf ein besonderes Konto bereits eingezahlt werden sollten.

Die Rede des Finanzministers wird von der Presse im Allgemeinen günstig aufgenommen. Die Sozialisten und Kommunisten werden gegen die Regierung stimmen. Entschieden ist die Haltung der Gruppe Marix. Die bekanntlich eine starke Opposition gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens an den Tag legt, sich aber mit dem Gedanken eines auswärtigen Kredites zur Stabilisierung abzufinden scheint. Die Gruppe heißt getrennt wiederholt Sitzungen ab, lenkte sich aber über eine Zielungsnahme nicht hinweg. Von ihrer Haltung wird das Ergebnis der Abstimmung abhängen.

Die heutigen Morgenblätter geben allgemein der Meinung Ausdruck, daß, falls sich im weiteren Verlauf der Debatte keine unvorhergesehenen Zwischenfälle ereignen, die Kammer der Regierung das vorgeschlagene Programm mit. „Echo de Paris“ meint, das Programm, das die Regierung getrennt einwandfrei, könne man billigen. Es könne zwar Kritik geübt werden, im Grunde genommen, stelle es ein festes Gebäude dar.

„Avenir“ sagt, die geliebte Rede Caillaux sei sehr wichtig gewesen. Er werde dazu beitragen, der Regierung eine Mehrheit zu schaffen.

„Reit Journal“ meint, Schwierigkeiten würden sich erst einstellen, wenn die Frage der Auslandskredite zur Sprache komme, da zahlreiche Abgeordnete eine Stabilisierung mit anderen Mitteln diesen Krediten vorziehen. Auch in der Frage der Währungsstabilisierung ist die Gruppe Marix „Ere Nouvelle“ schreibt, man könne den Umwille der sozialistischen Abgeordneten über den Sachverständigenbericht und über die Vorläufe der Regierung verstehen, aber die Durchführung einer Kapitalanlage erscheine gegenwärtig unmöglich.

„Quotidien“ vertritt die Auffassung, der geliebte Tag habe zu den früheren Beurteilungen noch eine neue Note beigefügt.

Der „Figaro“ beglückwünscht Caillaux dazu, daß er die Wahrheit gesagt und die Vera der Klagen beendete habe. Das Schicksal des Kabinetts werde auf jeden Fall von den Stimmen der gemäßigten Parteien abhängen.

buch gemacht. In ihrem gemäßigten Sinne verfahren ist davon, daß ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Republik geworden ist. Dr. Janke und Frau.

Dieses Blatt des Fremdenbundes war von dem Stadthauptmann Knoth-Gharlottenburg herausgegeben und dem Auswärtigen Amt überreicht worden, das ein Diktat im Auftrag der Fremdenbundesverwaltung in Berlin erlangt in seinem Urteil vom 7. November 1925 gegen Janke auf einen Verweis wegen Fahrlässigkeit seines Handels und gleichzeitig auf eine Geldstrafe in Höhe von einem Drittel seines Monatsgehalts. Das Gericht erkannte damals mitunter an, daß die Eintragung nur in einem Fall Strafe nicht bestimmten privaten Bude vorgenommen werden war. Ebenso war das nahe Verhältnis Jankes zu dem verstorbenen Reichspräsidenten über berücksichtigt worden. Gegen dieses Urteil war jedoch von der Staatsanwaltschaft wie auch von Janke Berufung eingelegt worden.

Der Reichsanwalt führte in einem längeren Wahlbeobachter aus, Janke, der in Dienste des Auswärtigen Amtes gehalten habe, hätte durch seine Fahrlässigkeit sehr viel Schaden angerichtet. Zuvor habe die Strafe des gemäßigten In- und Auslands an den Fall hingewiesen, und dadurch sei auch die deutsche Republik gefährdet worden. Trotzdem bitte er nicht, auf Diententlassung zu erkennen. Er kam zu dem Urteile, Janke gemäß Paragraph 26 des Reichsstaatsanwaltschaftsgesetzes in Berlin erlangt aus um eine Diententlassung zu verweigern. Janke sei daher nur wegen Fahrlässigkeit zu beurlteilen gewesen.

Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende, Staatspräsident Meiser, das Urteil, das entsprechend dem Art. 26 des Reichsstaatsanwaltschaftsgesetzes in Berlin erlangt wurde. Außerdem wurde auf eine Geldstrafe in Höhe von einem Drittel eines Monatsgehalts erkannt. In der Begründung wurde ausgesprochen, daß Janke sich als hoher Beamter im Auslande eine Fahrlässigkeit habe zu verantworten kommen lassen. Das Vergehen sei jedoch nicht aus um eine Diententlassung zu verweigern. Janke sei daher nur wegen Fahrlässigkeit zu beurlteilen gewesen.

Aus Stadt und Umgebung

Wascht das Obst!

Eigentlich sollte sich die Wahrung erübrigen; denn für viele wird es eine Selbstverständlichkeit sein, daß Obst, besonders das, was man nicht selbst ernten kann, sondern erst kaufen muß, vor dem Genuß zu säubern. Dennoch kann man es oft genug sehen, und namentlich gerade schon jetzt zur Kirchzeit, daß Leute mit einer frisch erhandelten Ladung Obst, die Strafen feilschen, eine Strafe nach der anderen daraus bezwecken, es also nicht abwären können, bis sie die Möglichkeit haben, die Früchte zu waschen. Mit dem sofortigen Verzehren ist ferner auch die Unanwiesbarkeit, Dohren oder die Kerne auf die Straße zu werfen. Dieses eliche Verhalten bringt also nicht nur für den Verbraucher selbst, sondern auch für die Mitmenschen eine Gefahr mit sich. Bakteriologische Untersuchungen an verschiedenen Dohren, die sie feilschenden werden, sei es auf Straßen oder in Verkaufsständen, haben ergeben, daß das Obst mit Dohren, mit den Früchten abgewaschen, eine hübsche Wäntele von Bakterien enthält, darunter einige recht gefährliche. Es ist also notwendig, wenn man ganz sicher gehen will, das Obst vor dem Genuß mehrmals zu waschen.

Ein mißglückter Einbruch - der Täter verhaftet.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch hörte der Wächter der Dietrichsdorf Papierfabrik gegen 12.30 Uhr verdächtige Geräusche im Komor der „Röntgenmühle“. Ein Dieb war dort eingestiegen und suchte in dem Komor einen Kasten nach Geldstücken. Der aufmerksam gewachte Wächter übernahm sofort die Verfolgung. Dem Eindringling gelang es, aber in der Dunkelheit zu entkommen. Die Polizei hatte aber sofort Ermittlungen aufgenommen, die nach kurzer Zeit zum Erfolg geführt wurden. Der Einbrecher konnte ermittelt werden. Er wurde vorläufig festgenommen und dem Gerichtsgefängnis zugewiesen. Gestohlen ist nichts.

Der Zirkus kommt!

Morgen früh 6 Uhr trifft der Zirkus-Gesellschaft mit drei Trossen auf dem Merseburger Güterbahnhof ein. Der Zirkus wird dann sofort mit einem großen Aufbruch in seiner eigenen Zirkus-Stadt, bestehend aus 6 Kampfwagen, 3 Lokomotiven, den indischen Arbeits-Geleisen und den schweren Zugmaschinen, um alles auf den Aufstellungspfad zu bringen. Abends um 8 Uhr findet eine große Gala-Eröffnungsfeier statt mit einem Programm von ca. 100 Attraktionsnummern in 3 Abenden, einer Remonte und in der Luft gleichzeitig statt. Zusammenkommen bietet der Zirkus-Gesellschaft, wie aber andere mittlere Zirkusse und des alles in einer Vorstellung! Sehr interessant sind die in jeder Vorstellung stattfindenden Pferde- und römische Wagen-Szenen. Bei solchen großen Darbietungen ist es nicht Wunder zu nehmen, daß der Zirkus-Gesellschaft in allen Städten, wo er bis jetzt aufgetreten, das Tagesgespräch war und der Zirkus-Gesellschaft das Schicksal „Ausverkauf“ bringt. Ein Besuch im Zirkus-Zentrum ist besonders empfohlen, da in dem aus ca. 600 Tieren bestehenden Zoo sich solche außer Säugetiere und Vögel befinden. Der Zirkus-Gesellschaft nur einige Tage in unserer Gegend sein. Es ist angebracht, sich gleich die ersten Vorstellungen anzusehen und sich die Karten im Vorverkauf! Über an einer der 10 Vorstellungsabende zu besorgen. Die Zirkus-Gesellschaft sind ab 9 Uhr vorzuziehen ununterbrochen den ganzen Tag geöffnet. Vor dem Zirkus finden täglich Frei-sportveranstaltungen statt, die abends um 7-8 Uhr abends.

Ein Gruß aus den Lüften. Das Flugzeug des Zirkus-Gesellschaft kreiste gestern abend über Merseburg, war manhaft flugfähig und zeigte allerlei Akrobatischenstücke in seinen Turbulenzen. Ueber dem Gebäude unsere Zeitung wurde ein Brief abgeworfen, der einen Gruß der Zirkus-Gesellschaft an die Schriftleitung enthielt und welcher seinen Bestimmungsort prompt erreichte. Besen Dank!

Gespart wird für sämtliche Fahrerlehrer die Quisenstraße von der Landhader Straße bis zum roten Feldweg von 8. bis 10. Juli ds. Js. wegen Ausbesserung von Arbeiten am Anschlagsblech der Firma Gühnborn.

Die Saale fließt. Durch die gemäßigten Regengüsse der letzten Tage ist die Saale etwas gestiegen. Eine neue Hochwasserperiode ist nicht zu erwarten.

Die Bevölkerungsbewegung im Monat Juni. Im letzten Monat wurden folgende Beurteilungen im Merseburger Standesamt gemacht: 45. Geburten, 21 Abgaben und 24 Töden. 13 männliche und 8 weibliche Personen, zwei Töden und 19 Geburten. Der Geburtenüberschuss betrug 13 als auf einen Geburtenüberschuss von 24.

Die Politisierung der Rechtspflege.

Deutschnationale Verteidigung des Berufsrichterturns.

In der getrigen Sitzung des Preussischen Landtages wurde auf Wunsch des Abgeordneten Grafen G. v. (Dr.) über einen Antrag auf Erhaltung des Berufsrichterturns als Richtersberg an Anlaß der Hochwasserkatastrophe verhandelt. Es sollen zunächst 1,5 Millionen Franz zur Verfügung gestellt werden. Da der Antrag eine Finanzanlage darstellt, bedarf er der Ausführlarung, die auch beschlossen wurde. Nach Erörterung meierer seiner Vorlagen wurde die Erörterung fortgesetzt, und zwar mit der des Justizministers.

Abg. Kuntner (Soz.) brachte bei dieser Gelegenheit den Vorschlag des republikanisch gefassten Entwurfs des Reichsstaatsanwaltschaftsgesetzes in der Sprache und nahm sodann zu einzelnen zum Etat vorliegenden Vorschlägen das Wort; er warf u. a. den deutschnationalen Mangel an Konsequenz vor.

Abg. Dr. Deereberg (Dr.) festsagte den Ernst, von dem seine Partei erfüllt sei, man müsse, daß in weiten Kreisen des Volkes das Vertrauen zum Richterstand und zum gerichtlichem Rechtswesen geschwunden sei. Auch heute geht noch der Satz, daß das Recht nur geboren sein könne aus dem Richterstand und dem Richtergefühl des Volkes. Auf und auf der Fallung des deutschen Richterstandes sei diese Rechtswertlosigkeit nicht zurückzuführen. Das Vertrauen gegen das Recht beruhe größtenteils darauf, daß das Volk die Gesetzgebung nicht mehr verleihe. Die Fülle von Rechtsverordnungen, die dem Volk gegen die Willen der Richter, nehme es einem jeden, sich in der Gesetzgebung auszusprechen.

Diese Verordnungen können vielfach im Widerspruch zum Richterstand stehen.

Wenn der Staatsbürger seine rechtlichen Verpflichtungen gegen sich erfüllen solle, so müsse der Staat in erster Linie sich daran halten. Statt dessen seien durch die Gesetzgeberungen die Richterstand für das Volk mit einem Strich beseitigt worden. Den Beamten sei das ihnen in der Reichsverfassung garantierte wohlverordnete Recht beschnitten worden, wie überhaupt die Weimarer Verfassung immer wieder durchschürt oder gar aufgehoben werde.

Der Wehner erwähnte sodann nochmals die polizeilichen Zuschuldungen bei Fährden der Wirtschaft. Er bezeichne es als einen

es uns gelangt, das Richteramt und die Rechtspflege so zu erhalten wie es vor dem Weltkrieg der Fall war. Nämlich, daß der Richter nur sich und dem Gesetz gegenüber verantwortlich ist, daß er sich nicht durch den Einfluß von politischen Parteien und von dem Einfluß von Parteien einlassen. Wenn wir von diesem Grundabstand abweichen, dann gerät in Gefahr die Rechtspflege. Wir wünschen, daß die Unabhängigkeit unserer Richter erhalten bleibt, sie ist das A und O der Rechtspflege.“ (Beif. und Beif.)

Als nächster Redner trat Abg. Stendel (Dr.), daß der Richterstand der Staatspräsidenten 6 von 10 an allen seinen feiner Agitation gegen die preussische Justiz ausgehoben hat, und sprach zum Schluß über die Einstellungsvorhältnisse der Richter, die keine günstigen seien.

Nach dem Abg. Kolling (Komm.), der eine Ansetzung für die Richter, besonders die Richter des Reichsstaatsanwaltschafts. Hier wurde von dem deutschnationalen Abg. Koch-Dehnbahn der Fall Stellung erneut zur Sprache gebracht. Er, wie der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Schuler, erklärte, daß für einen Mann, der sich in den Angelegenheiten der Richterstand hat, ein deutsches Richteramt kein Pfad sei.

Der Sozialdemokrat König hielt dieser Auffassung das im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Urteil eines allgemein anerkannten Gelehrten, wie es Hans Frieß in Bezug sei, entgegen, der Stellung das allererste Zeugnis ausgestellt und ist einer Antipathieoffenen ersten Rangens angenommen habe.

Kaufmann Minister Bekker beantwortete die große Anfrage über den Fall Stellung und hob hervor, daß eine Abberufung der rechtlichen Grundlagede entbehren würde; nur durch einen Rechtsbruch hätte er aus seinem Amt entfernt werden können. Die Richterstandswahl habe den Professor Stellung wiederholt im Mißfalle über seine außerordentlich wehrhaften Aufgaben begnadeten literarische Produktion zum Ausdruck gebracht. In das Disziplinärrecht der Richterstand habe er nicht eingegriffen. Der Reichspräsident habe gegen Stellung nicht die Form annehmen dürfen, daß ein Disziplinärrecht mit Gewalt an der Ausübung seiner Befähigung verhindert werden sollte.

Der Minister bekannte sich noch in Bezugsetzung des sozialdemokratischen Antrages auf Abschaffung der Prägerstrafe als ein Gegner dieser Strafe, erdat aber die Strafe des Landtages, in seinem Vertrauen, einen Abzug Schritt für Schritt vorzunehmen, zu unterstützen; eine sofortige Aufhebung der Prägerstrafe würde angeht die realen Verhältnisse mehr Schaden als Nutzen stiften.

Im Schluß erklärte der Demokrat Dr. Bohner, im Falle Stellung habe man ein Beispiel dafür, wie ein Stand aufsteige, (1) werde.

Man unterbrah darauf die Erörterung. Heute soll die Erörterung zum Haushalt erfolgen.

Herr Janke wird strafverurteilt.

Der Reichsstaatsanwaltschaft verhandelte am Dienstag gegen den Attakker im Auswärtigen Amt, Wilhelm Janke, den Schwiegerohn des verstorbenen Reichspräsidenten Ober. Janke hatte im vorigen Sommer nach der Wahl Eberts durch sein Verhalten gegen Stellung nicht die Form annehmen dürfen, daß ein Disziplinärrecht mit Gewalt an der Ausübung seiner Befähigung verhindert werden sollte.

Verbot gegen die Strafprozessordnung, wenn die Polizei die beschlagnahmten Dokumente ihrerseits durchgearbeitet habe, ansatz die Verletzung des Untersuchungsrichter zu übergeben. Die Absicht der Beschlagnahme habe unter allen Umständen befristet werden müssen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede protestierte Dr. Deereberg dagegen, daß Abg. Heilmann nur 99 Prozent des Richterstandes den guten Willen zuschreibe, wiewohl das Recht zu finden, Dr. Deereberg betonte, daß die Angriffe, die von einer gewissen Seite gegen den Richter geleistet werden, der deutsche Richterstand nicht verdient hat. Auch im Parlament sei eine

Maflosigkeit der Angriffe festzustellen. Die Vinte wolle das Berufsrichterturn befestigen und an seine Stelle die Wahl des Richters setzen, wiewohl die Zustände in den Vereinigten Staaten und in Connecticut vor einem solchen Experiment warnen würden. Solange wir nicht zu einer inneren Befriedigung unseres Volkes kommen, solange die Justiz herabgewürdigt werden könne, werde es bei uns nicht besser werden.

Die Schicksalsfrage unseres Richterstandes, unserer Rechtspflege und unseres Rechtes liegt heute darin, ob ein

Obstverpachtung.

Das Parzell der Gemeinde Mitzau (Merseburg-Dorfstraße) soll am **Sonnabend, den 10. Juli, nachm. 2.30 Uhr** im hiesigen Gasthaus verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorsteher.

Obstverpachtung in der Oberförsterei Halle a. S.

Am **Sonnabend, den 17. Juli 1926, nachmittags 3 Uhr** wird im „Sächsischen Hof“ in Merseburg (Amständer) der diesjährige Obst- und Forstverpachtung öffentlich meistbietend verpachtet. Bedingungen werden wie im vorigen Jahre, im Termin bekannt gegeben und können vorher bei Herrn Degemeller v. Haas, Forsthaus Hasenke, eingesehen werden. Im Anschlag daran werden noch 15 rm Weichholz-Rundkloben und 300 rm Reisler III Kl. zum Ausgebot gebracht.

Der Forstmeister:

Im Auftrage: Reinhold, Forstsekretär.

Obstverpachtung.

Die Obstkulturen der Gemeinde Trebnitz soll **Sonnabend, den 10. Juli 1926, abends 6.30 Uhr** im Gasthaus Trebnitz öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorsteher.

Bürgerhof

(früher Beth's Gesellschaftshaus). Heute **Abends 8 Uhr** **Konzert u. Tanz.**



M.R.-G.

Heute **Mittwoch, den 7. Juli, ab 5 Uhr** **Konzert.**

Ziehung **17. u. 19. Juli** Deutsche Kampfspiele **Galerie**

- 2 Zieh. 43680 Gem. — M.
- 500000**
- Höchstem. Doppeltlos ev.
- 200000**
- Höchstem. Einzeltlos ev.
- 100000**
- 60000**
- 40000**

Originallos 1 M.
Doppeltlos 2 M.
Porto u. Liste 50 Pf. extra
verf. auch unt. Nachn.
Emil Götter Bank
Hamburg, Holzdamm 59.

Merseburg

Nur einige Tage!

Platz

Morgen **Donnerstag**

8

Juli

Gala-Gröffnungsvorstellung des **Rielen-Circus** **Gleich**

4 Masten, 3 Manegen, 1 Rennbahn ca. 1000 Angestellte ca. 600 Tiere.

In jeder Vorstellung: **100 Attraktionen** in 3 Manegen, 1 Rennbahn und in der Luft gleichzeitig

Rielen-Zoo ab 9 Uhr Vorm. ununterbrochen geöffnet: Elefanten, Löwen, Ziegen, Affen, Eis- u. Braunbären, Hühner, Wölfe, Scher, Kamel, Dromedar, Fische, Geißeln, Schlangen, Affen.

Pracht-Marschall mit ca. 150 edler Haispferde.

Vorverkauf: 10 Circus-Kassen ab 9 Uhr vormittags ununterbrochen und an den Abendkassen.

Geschlossene Schulen Ermäßigung.

Fahrer der Kassen sicher eingestellt werden.

Weißer Tennishof

Strandhof mit weißer Gummifläche

nr. 6.50 wieder vorrätig.

Schuhhaus W. Eggenraut

Kl. Ritterstr. 15. Gotthardstr. 28.

Stieppdecken :: Inletts

Bettwäsche

Taschentücher : Handtücher

Wischtücher

Tischwäsche u. Wäschekunde

empfehle in allerbesten Qualität

Rudolf Krämer

Bräut- und Wägel-Geschäfte

Merseburg Christianenstr. 7

Preiswert und gut. **Herren-Unterhosen** haltbare Qualität. **Stuch Extraweiten** **H. Henkel** **Deutsche 29** Spezialgesch. f. Wirt- und Wollwaren **10% Rabatt**

Büffelt ist neu, billig zu verkaufen **Entenplan 7, II. Eeg. I.**

Wer sucht Kapital (nur auf Hypothek). Anfr. erb. unter **W. 6912** an die Exp. d. Bl. — Porto einlegen. —

Wer verkauft **Grundstück** (bebauet oder unbebauet). Anfr. erb. unter **K. 108** an die Exp. d. Bl. — Porto einlegen. —

Eine Zuchtstau zu verkaufen **Neuschau Nr. 10**

Einige Zentner harte Knadwurst (Winterware) zu verkaufen. Offerten unter **M. 100** an die Exp. d. Bl. erbeten.



Eröffnung unseres neuen, vergrößerten **Zweigggeschäfts** **Burgstraße 5** **Donnerstag, den 8. Juli 1926** nachmittags 4 Uhr **Weddy - Sönicke & Steckner A. S.** **Leinwandhaus - Wäschefabrik** **Metall-Bettstellen**

Ausnahme-Angebot!

Verkaufe weit unter Tagespreis **großen Posten** **Kinder-, Damen- und Herrenstiefel** vom **8. bis 10. Juli** in **Merseburg, Teichstr. 15 (Hinterhaus).** **Otto Hartung, Schuhmacher.**

Der gute Strumpf

trägt die Marke „LBO“
Er stellt zufrieden, nicht allein durch seine Qualität, sondern auch durch seine diskrete Eleganz und die Schönheit und Tragfähigkeit seiner Farben.
Als beste Marke weltbekannt
Alleinverkauf für Halle und Umgegend bei **H. Schnee Nachfl.** Halle a. S. Gr. Steinstr. 84.

Suppenwürze Wilde

sehr fein im Gebrauch, köstlich im Geschmack. Probeküchen, netto 480 Gramm Inhalt, frei gegen Einsendung von Mk. 1,00. — **Vertreter gesucht.** **Albert Wilde, Aouling 6, München.** P. Sch. K 2563 München.

MÖBEL
in guter, solider Ausführung bei billigster Berechnung finden Sie bei **Wilh. Borsdorff** **Merseburg Schmalstr. 6** — **Telephon 251** — **Polstermöbel**

Ganzes für schattliche Polsterwaren **Fabrikere für Ihr Bett** nach Maß: **Stahlmatratzen M. 13 17 25** **Auflege, 3 teil. M. 17 24 28-56** **Liefere auch alle Möbel auf Zahlungs erleichterung** **Möbel- u. Textil-Vertrieb, Halle** **Gr. Klausstr. 25, Kein Laden-Beschäftig. Kostlos** **erhalten ein.** **Auswärtige Käufer** **Belohnung Vergütung**

Auto- u. Kutschwagen-Lackierungen **In beliebigen Räumen bei** **Karl Matthies, Malermeister** **Telephon 106 Merseburg Teichstraße 25** **Modern eingerichtete Badlerwerkstätte** **— Ausbildung familiärer Malerarbeiten —** **— Kostenlose Besuche und Anschläge —**

Wir stellen 1 Platzvertreter für unsere bestempfehlenswerten **Martensart. geg. Bier u. Wein** per sofort ein. **Nur Besuche in Lichtbild und Zuschrift bescheiden finden Berücksichtigung. Off. unt. 386/26 an die Exp. dieses Blattes.**

Gesucht **jung, ausgeleert. Mann für kaufm. Büro, Stenogr. u. Schreibm. erw.** Angebote mit Geh.-Anspruch, u. **387/26** an die Exp. dieses Bl.

Wir suchen **Wirtshausleiterin** nicht für sofort **Gustav Buchendorff** **Borsdorf bei Köbisborsdorf 47.** **Hausmädchen** **in gut. Fam. f. herrschaff. Haushalt (1 Kind) tagsüb. gewohnt. Vorkaufstell. wirtsch. 11-3 Uhr Christianenstr. 11** **Branner Jagdhund** **zugekauft. Abzugeben** **bei 5 Pf. e. L. Pelziger Straße 15, abends zwischen 6 und 8 Uhr.**

Eine Infamie.

Der Prozeß gegen den Volksbund.

Das Statut wird berichtet:

Der mit großem Lärm anfangsübige Prozeß gegen den Volksbund...

Die Anklage stützt sich auf ein Schreiben, das im Original nicht vorhanden war...

In der Beweisaufnahme spielt ein Interzitat vom deutschen Generalkonsul...

In der Urteilsbegründung wurden aber die Beweismittel nicht berücksichtigt...

Das Weib im Sprichwort der Völker.

Von Dr. Will Döcker, Nollath.

Ein blühendes Weib ist die Krone des Mannes...

Ein deutsches Sprichwort sagt: Das Schöne und das Hässliche in der Natur ist das Weib...

Über so ganz dicht ist die Unübersichtlichkeit doch nicht...

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Beskardt.

44. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Wenn Graf Stolzenau nicht zufällig vorbeigefahren...

„Hätte ich den Rückweg auch noch ganz gut bewältigen können, vollendet sie.“

„Gnädigste Gräfin mühen sich zuviel zu.“

„So? Meinem Sie? Wertwürdig! Früher waren Sie stets der Zuversichtliche und die Zweifelnde, und jetzt scheint es mir umgekehrt zu sein.“

„Gnädigste Gräfin müssen bedenken, daß die Zeit Ihres Lebens noch kurz hinter Ihnen liegt.“

„Ach — erinnern Sie mich nicht daran!“ rief sie unmutig.

„Ich wollte damit auch nur sagen, daß eine Krankheit, die so lange gedauert hat, nicht vollständig in zwei Monaten überwunden sein kann.“

„So halten Sie einen Rückblick für möglich — so find Sie doch nicht von der Gewandtheit und Heilung meines Lebens überzeugt?“

„Doch — beschwichtigte er, — machen Sie sich keine Sorgen! Nur müssen Sie mit Ihren Kräften, die sich erst allmählich zu ihrer alten Stärke entfalten können, haushalten.“

„Sie sprechen wie ein Arzt. Wenn das Doktor Falkner wüßte, wer sich hinter der Autorität!“

um in mancher Beziehung des Mannes vorzug zu haben...

So hoch das Weib von der Mutterliebe in allen Sprichwörtern der Welt gilt...

Wenn schon die Stiefmutter sich allgemeiner Unbeliebtheit im Sprichwort der Völker erfreut...

„Ein blühendes Weib ist die Krone des Mannes“ heißt es im deutschen Volksmund...

interessanten Fall, mit ihm zu diskutieren. Was meinen Sie, Herr Seeger — haben Sie nicht Lust dazu?“

„Nein, ganz und gar nicht!“ lachte jetzt auch Seeger.

„Doktor Falkner mag ein lieber, guter Mann sein, aber in diesem Falle — war ihm — ein Zaie über.“

„Ja, allerdings, gab Waltraut zurück, und ich kann es wirklich als ein besonderes Glück betrachten, daß Sie gerade zufällig nach Grottkoiten kommen mußten, daß Sie durch einen häßlichen Fall unter Ihren Bekannten auf den meinen aufmerksam wurden.“

„Auch ich schätze mich glücklich.“

„Kommen wir jetzt auf unser altes Thema zurück!“ lenkte sie schnell ab.

„Aber nein — warum sollte ich?“ rief sie jetzt ein wenig empfindlich.

„Hm!“ Seeger räusperte sich.

„Aber nein — warum sollte ich?“ rief sie jetzt ein wenig empfindlich.

„Aber nein — warum sollte ich?“ rief sie jetzt ein wenig empfindlich.

„In heimgesetzten, jenen was darauf beschreiben, was einige treueren Beispiele aus dem letzten Ellen anführen.“

„Das „alte Weib“, vor dem sich der Jäger bekrugelt, wenn es ihm morgens zuerst über den Weg läuft, kommt im Sprichwort natürlich auch öfters vor.“

Die Stellung der Witwe im Sprichwort ist recht ungewöhnlich. In Japan heißt es gerade im Hinblick auf die Witwe: „Ein treues Weib hat keine Zusammenkunft mit zwei Gärten.“

„In der Fülle der angeführten Sprichwörter ist, neben argen Uebersetzungen, manche Perle enthalten und manche bittere Wahrheit ausgesprochen worden.“

„Ich bin nicht so glücklich, wie ich mit zumuten darf, und was nicht.“

„Er blickte auf die Lippen und lachte.“

„Sie wollen mich bedauern, Herr Seeger, und — ich gestehe Ihnen dieses Recht nicht zu!“

„Mit einem Akt wollte er sich ihr wieder zu. Weil ich Ihnen nicht auf ein Vergnügen, das in keinem Falle fördernd auf Ihre Gesundheit wirken kann, vorläufig noch zu verzichten?“

„Sie hatte plötzlich ein Gefühl von Beschämung, und unerschrocken sah sie ihm entgegen.“

„Er nahm ihre Hand, die auf der Seitenlehne des Korbstuhls ruhte, und zog sie an seine Lippen.“

„Er ließ sie eine Weile schmeicheln an.“

„Gnädigste Gräfin können mir?“ fragte er darauf.

„Aber nein — nein!“ erwiderte sie schnell, sich ihm wieder zutend.“

„In diesem Ausruf lag etwas eigentümlich Schärfes. Ueber Waltrauts Wangen blitzte ein kühliges Rot, und Seeger sprang auf und verbeugte sich vor dem Grafen.“

